

10.3.72

Stellungnahme

zur Privatisierung ("Umgründung") der Stadtwerke Freiburg, und zu den geplanten Fahrpreiserhöhungen im öffentlichen Nahverkehr

Um das Defizit der städtischen Verkehrsbetriebe zu "verringern" plant die Stadt Freiburg für das Frühjahr 1972 erneut Tarifierhöhungen bei den öffentlichen Verkehrsmitteln (Straßenbahn & Bus). Diese Tarifierhöhungen sind mit 2.000.000,- DM schon in den Haushaltsplanentwurf 1972 mit einbezogen worden. Am 11. April 1972 soll im Stadtrat endgültig über die Fahrpreiserhöhung entschieden werden.

- + Fahrpreiserhöhungen treffen besonders stark Arbeiter und Angestellte, die durch die ständig steigenden Preise ohnehin am meisten belastet sind, die jedoch auf die Benutzung öffentlicher Verkehrsmittel angewiesen sind!

Geplant ist eine Erhöhung der Einzelfahrscheine von 0,70 auf 0,90 DM = ca 30 %. Ein Mehrfahrtenheft soll zukünftig 4,- DM kosten. Der Preis für Wochensichtkarten soll von 4,- DM auf 6,- DM erhöht werden = 50 %, bzw. von 5,- DM auf 7,- DM = 40 % usw. Der Kreis der Sichtkartenbenutzer stellt den größten Fahrgästanteil!

Unsere Steuergelder werden in diesem Fall nicht für gemeinnützige Zwecke ausgegeben. Nach wie vor wird trotz höherer Fahrpreise

- die Straßenbahn in Stoßzeiten überfüllt sein...
- das Verkehrschaos sich durch den privaten Autoverkehr verstärken...
- Luftverschmutzung, Lärmbelästigung und Unfälle weiter ansteigen...
- Straßenbau und -Instandsetzung (& Parkplätze, -häuser, Ampeln, Verkehrsschilder usw.) verstärkt Steuergelder beanspruchen...
- eine Verdünnung der Fahrpläne eintreten...

Die Fahrpreiserhöhung trifft die lohnabhängige Bevölkerung und nützt der Automobil- und Mineralölindustrie, den Kapitalisten. Trotz der ständig steigenden Steuereinnahmen wächst die Verschuldung der Kommunen. Unsere Steuergelder werden hier nicht für Einrichtungen verwendet, die der Allgemeinheit dienen, da es sich um Bereiche des gesellschaftlichen Lebens handelt, die keine hohen Profite versprechen. Auf der anderen Seite werden die Großunternehmen vom Staat direkt unterstützt, und heimsen nach wie vor hohe Profite ein. Es kann nicht überzeugen, wenn die verschuldeten Kommunen auf den Bund und auf das Land verwiesen werden, auf die längst "reformbedürftige Gesetzgebung".

Unsere Forderung:

- + Dem Bedürfnis der lohnabhängigen Bevölkerung nach einem schnellen, sauberen, bequemen, sicheren und preiswerten Transportmittel muß endlich Rechnung getragen werden:

deshalb

AUSBAU DES ÖFFENTLICHEN NAHVERKEHRS AUF KOSTEN DES INDIVIDUALVERKEHRS !

Der kommunale öffentliche Nahverkehr, die Energie- und Wasserversorgung sind Kernbereiche öffentlicher Daseinsvorsorge. Sie bedürfen zum Schutze des Bürgers einer öffentlichen Kontrolle. Diese wird durch den Gemeinderat ausgeübt.

Die Stadtverwaltung hat beantragt, die Stadtwerke Freiburg umzuorganisieren. Am 21. März 1972 soll der Gemeinderat endgültig hierüber entscheiden. Die bisher als Eigenbetriebe geleiteten Werke sollen in privatrechtliche Gesellschaften umgewandelt werden. Das Gutachten eines Wirtschaftsprüfers darüber liegt seit Juni 1971 vor, wird aber der Öffentlichkeit gegenüber nach wie vor geheimgehalten!

Geplant ist, die Verkehrsbetriebe und die Versorgungsbetriebe (Gas, Wasser und Elektrizität) in Aktiengesellschaften - eine Verkehrs- und eine Versorgungs-A.G. - umzuwandeln. In einer Dachgesellschaft (Holding) werden beide A.G. in eine G.m.b.H. zusammengefasst. Es ist vorgesehen, daß diese Gesellschaft sämtliche unternehmerisch wichtigen Entscheidungen, wie z.B. Tarif- und Gebührenerhöhungen, trifft. Kontrolliert wird sie durch den Aufsichtsrat, der im wesentlichen aus Stadträten und Arbeitnehmervertretern besteht. Von dieser Maßnahme verspricht man sich u.a. Steuerersparnis, größere Wirtschaftlichkeit und eine effektivere Unternehmensleitung.

Mit der Überführung städtischer Einrichtungen in das Recht der Privatwirtschaft können jedoch die immer dringlicher werdenden kommunalen Probleme nicht gelöst werden. Dieser Ansatz ist falsch!

Die Verkehrsmisere in den Städten muß dadurch behoben werden, daß der Individualverkehr schrittweise aus den Innenstädten verdrängt wird und durch ein attraktives Nahverkehrssystem ersetzt wird. In diesem Bereich der Daseinsvorsorge ist eine Eigenwirtschaftlichkeit nicht möglich.

Strom, Gas und Wasser muß der Bürger bezahlen können. Die Gebühren haben eine soziale Funktion. Sie dürfen das Maß des Erschwinglichen nicht überschreiten, weil niemand auf diese Dienstleistungen verzichten kann. Auch hier sind der Wirtschaftlichkeit der Verwaltung Grenzen gesetzt.

Daher muß der Preis für die Dienstleistungen der Stadtwerke kommunalpolitisch, statt wirtschaftlich bestimmt werden!

Die erforderlichen kommunalpolitischen Entscheidungen kann und muß auch in Zukunft der Gemeinderat treffen. Die Herausnahme der Versorgungsbetriebe aus der Stadtverwaltung durch die Gründung privatrechtlicher Gesellschaften verleiht diesen ein Eigenleben, das es den Stadträten schwer machen wird, im Aufsichtsrat, über den sie ihren Einfluß allein ausüben können, den wirtschaftlichen Sachzwängen des Unternehmens kommunalpolitische Argumente entgegenzusetzen. Dadurch läuft der einzelne Gemeinderat Gefahr, nicht mehr die eigentlichen Interessen des Bürgers zu vertreten.

Diesem Verlust an Demokratie werden auf lange Sicht keine Vorteile gegenüberstehen. Der Zwang des Unternehmens, wirtschaftlich zu handeln, bringt die Gefahr mit sich, die Rentabilität vor der Notwendigkeit der Dienstleistung zu sehen. Damit wird das Problem der Stadt, die Infrastruktur bürgernah zu gestalten, um den Bürgern ein menschenwürdiges Leben zu ermöglichen, nicht gelöst.

Am Defizit der Verkehrsbetriebe ändert sich durch die Umgründung nichts. Die Verluste der neuen Gesellschaften muß nach wie vor die Stadt tragen, obwohl der Einfluß des Gemeinderats und damit der Bürger durch die "Umgründung" geringer wird.

+ Die Jugendgruppen der DGB-Gewerkschaften haben für den Dienstag, den 21. März, 17.00 Uhr zu einer DEMONSTRATION der Bürger gegen die geplanten Tarifierhöhungen und gegen die Privatisierung der Stadtwerke aufgerufen. (Treffpunkt: Münsterplatz)

- Verantwortlich: JUNGSOZIALISTEN Freiburg, Habsburgerstr. 85 -